

Interpellation Reto Nause (CVP): Verschlechterung der Luftqualität in Bern durch Gaskraftwerk in Utzenstorf?

Ich fordere den Gemeinderat auf, im Zusammenhang mit dem geplanten Bau eines Gaskombikraftwerks in Utzenstorf die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Auswirkungen bezüglich der CO₂-Belastung und der Luftqualität sind für die Stadt Bern zu erwarten?
2. Wie werden sich die Emissionen dieses Werks bei unterschiedlichen Witterungs- und Windverhältnissen auf die städtische CO₂-Belastung auswirken?
3. Ist der Gemeinderat bereit, eine Mehrbelastung in Kauf zu nehmen, bis zu welcher Grenze?
4. Wie wird die Stadtberner Bevölkerung über eine mögliche Mehrbelastung informiert?
5. Welche Haltung nimmt der Gemeinderat diesem Projekt gegenüber ein?
6. Ist der Gemeinderat bezüglich des Projekts in Kontakt mit der Kantonsregierung?

Begründung

Der Bau mehrerer Gaskombikraftwerke in der Schweiz wird die erreichte CO₂-Reduktion der vergangenen Jahre wieder zu Nichte machen. Hinsichtlich des Klimaschutzes sind Gaskombikraftwerke falsch. Offen bleibt die Frage, wie negativ ihre Auswirkungen auf die unmittelbare Umgebung des Standorts sind. Zu dieser Umgebung zählt der Grossraum Bern.

Bern, 1. März 2007

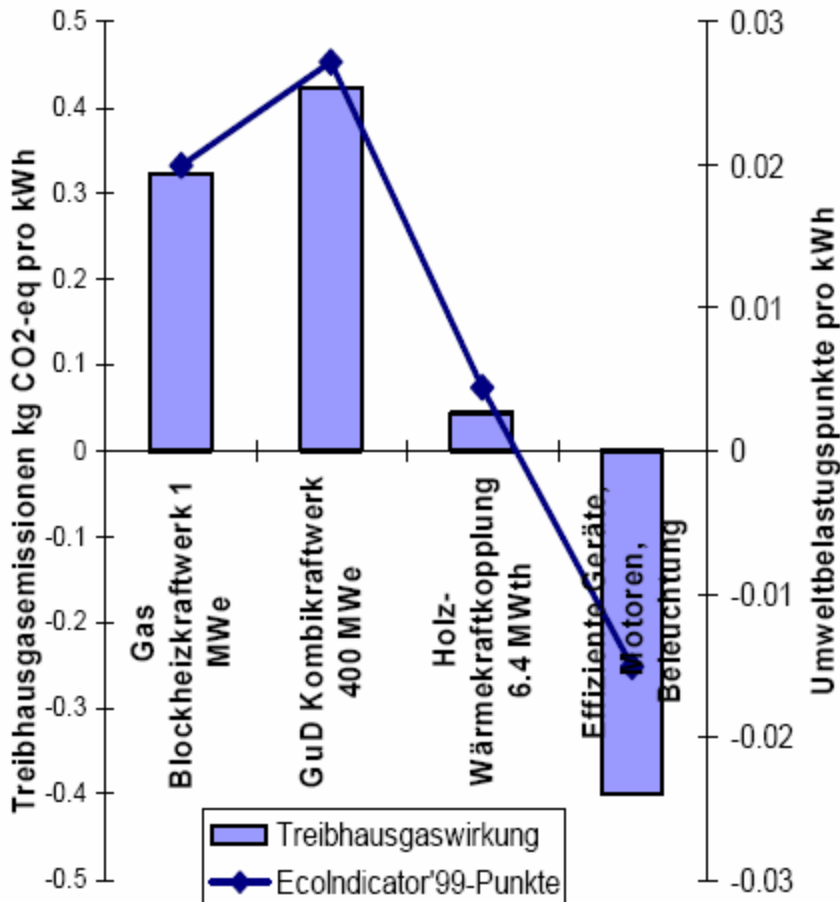
Interpellation Reto Nause (CVP), Edith Leibundgut, Daniel Lerch, Beat Schori, Manfred Blaser, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Peter Bühler

Die Dringlichkeit wurde vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

1. Ausgangslage

Jedes Grossgaskraftwerk mit 400 MW (Megawatt) emittiert 0.5 bis 1 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr. Die Förderung, der Transport und das Verbrennen des Erdgases im Kraftwerk verursacht Umwelteinwirkungen. Da Erdgas der sauberste fossile Brennstoff ist, liegen die Emissionen von Schwermetallen oder Schwefel relativ tief. Lokal dürften dagegen die beträchtlichen Stickoxid-Emissionen und die bei Gaskraftwerken besonders kleinen Feinpartikel ins Gewicht fallen, wobei die Auswirkungen der Letzteren noch wenig erforscht sind.



Grafik: Treibhausgasemissionen und Gesamtumweltbelastung, bewertet mit der Ökobilanzmethode EcoIndicator'99 für zwei Gas- und ein Holz- und ein Holzkraftwerk (Daten aus der schweizerischen Ökobilanzdatenbank ecoinvent 1.2) sowie Werte für typische Effizienztechnologien wie Energiesparlampen oder Geräte mit weniger als 0.5 Watt Stand-by-Verbrauch.

Aufgrund der nicht gesicherten Abwärmenutzung beim geplanten Gaskraftwerk Utzenstorf mit 400 MW entstehen bei einem Wirkungsgrad von 60 Prozent rund 270 MW Abwärme. Je nach vorgesehener Kühlung kann diese Abwärme das lokale Klima verändern, die Wasserdampfemission und damit Wolkenbildung beeinflussen und zur Emission von Mikroorganismen führen. Der Betrieb von Turbinen und Kühlaggregaten kann zu Lärmimmissionen in der nahen Umgebung führen. Das Erdgas wird direkt per Pipeline angeliefert und verursacht keinen Zusatzverkehr.

Die Abwärmenutzung ist in Artikel 6 des eidgenössischen Energiegesetzes vom 26. Juni 1998 (EnG; SR 730.0) bereits vorgeschrieben, muss von den Kantonen noch konkretisiert und allenfalls ins kantonale Recht aufgenommen werden. Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) schlagen hierzu folgenden Artikel vor:

Art. 1.17: Wärmenutzung bei mit fossilen Brennstoffen betriebenen Elektrizitätserzeugungsanlagen (G).

„Der Betrieb von Elektrizitätserzeugungsanlagen mit fossilen Brennstoffen ist nur zulässig, wenn die dabei entstehende Wärme fachgerecht und weitgehend genutzt wird. Ausgenommen sind Anlagen, die entweder keine Verbindung zum öffentlichen Verteilnetz haben oder der Betrieb zur Notstromerzeugung sowie Probeläufe von höchstens 50 Stunden pro Jahr dient.“

1. Zu den einzelnen Fragen

Zu Frage 1:

Mit einem Bau eines Grossgaskraftwerkes mit 400 MW in Utzenstorf würden jährlich CO₂-Emissionen in der Höhe von 0.5 bis 1 Mio. Tonnen zusätzlich generiert. Das würde das Volumen der CO₂-Emissionen in der Schweiz um 2 % erhöhen. Diese Menge entspricht ungefähr dem Ausstoss aller Autos der Kantone Bern und Solothurn zusammen. Die Stadt Bern misst die CO₂-Emissionen nicht. Lokal auf die Stadt Bern bezogen wäre die Erhöhung der CO₂-Konzentration auch nur schwer messbar, obschon sich die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre deutlich erhöhen würde. Die Stickoxid-Konzentration wäre rund um Utzenstorf dagegen messbar. In der Stadt Bern jedoch wäre durchschnittlich nicht mit einer messbaren Erhöhung der Stickoxid-Konzentration zu rechnen.

Zu Frage 2:

Die CO₂-Mehrbelastung durch ein Grossgaskraftwerk in Utzenstorf wäre in der Stadt Bern nur schwer messbar. Ökologisch ist es auch weniger relevant, ob die Konzentration in der Stadt Bern steigt oder nicht. Die Tatsache, dass sie steigt, ist von entscheidender Bedeutung. Im Gegensatz dazu, könnten bei Inversionslagen die NO₂-Emissionen in der Stadt Bern durchaus messbar zunehmen, wenn ein Gaskraftwerk mit 400 MW in Utzenstorf in Betrieb gesetzt würde.

Zu Frage 3:

Für den Gemeinderat ist eine verantwortungsvolle Klimapolitik sehr wichtig. In der Energiestrategie der Stadt Bern sind deshalb auch folgende CO₂-Reduktionsziele bis 2015 definiert:

- Der Verbrauch fossiler Energien und der CO₂-Ausstoss müssen in der Stadt Bern um 10 % reduziert werden.
- Der Verbrauch fossiler Brennstoffe der stadteigenen Gebäude muss um mindestens 15 % gesenkt werden.
- Die CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen der städtischen Verwaltung und Treibstoffen der stadteigenen Fahrzeuge muss um 15 % gesenkt werden.
- Der motorisierte Individualverkehr muss um 10 % reduziert werden.

Mit der Energiestrategie werden quantitative Zielsetzungen zur CO₂-Reduktion innerhalb der Stadt Bern definiert. Die Umsetzung dieser Ziele liegt in der Kompetenz der Stadt Bern. Die Stadt Bern ist auch eine europäische Klimabündnisstadt. **Als Klimabündnisstadt ist die Stadt Bern grundsätzlich gegen zusätzliche neue CO₂-Emissionen.**

Zu Frage 4:

Mit der Kampagne „Bernatmetdurch“ (im August 2006 lanciert) wurde die Bevölkerung der Stadt Bern aufgerufen, freiwillig 1 000 t CO₂-Emissionen innerhalb eines Jahres einzusparen. Solche Kampagnen zeigen der Bevölkerung auf, dass schon mit kleinen Massnahmen CO₂-Emissionen vermieden werden können – ohne Einbusse der Lebensqualität. Zudem wird mit solchen Kampagnen die Bevölkerung auch über die Ursachen und Gefahren des Klimawandels informiert. Lokal ist mit keiner messbaren Erhöhung der CO₂-Konzentration zu rechnen. Deshalb muss diesbezüglich auch nicht spezifisch informiert werden. Deutlich kommuniziert werden hingegen die Ziele der Energiestrategie, welche ausreichende, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung anstrebt. Die Energieversorgung der Stadt Bern ist heute zu 84 % von nicht erneuerbaren Energien abhängig. Die dadurch verursachte Umweltbelastung muss durch eine markante Senkung des Anteils nichterneuerbarer Energie reduziert werden. Zudem muss der Ausstieg aus der Atomenergie ermöglicht werden.

Zu Frage 5:

Es liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderates, über dieses Projekt zu entscheiden. Weder die Stadt Bern noch ewb ist an diesem Projekt beteiligt. Grundsätzlich ist der Gemeinderat gegen neue zusätzliche Erhöhungen der CO₂-Emissionen, lokal, kantonal, national und global.

Zu Frage 6:

Der Gemeinderat und der Regierungsrat haben sich über das Projekt Utzenstorf bisher nicht unterhalten. Der Gemeinderat wird beantragen, das Thema auf die Traktandenliste der nächsten Aussprache mit dem Regierungsrat zu setzen.

Bern, 20. Juni 2007

Der Gemeinderat